

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Die Chance zur nuklearen Abrüstung nutzen – Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag zum Erfolg führen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vom 4. bis zum 15. Mai 2009 findet die 3. Sitzung des Vorbereitungsausschusses (PrepCom) der Überprüfungskonferenz 2010 des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) statt.

Nach der fehlgeschlagenen Überprüfungskonferenz 2005, die ohne Abschlussdokument und ohne Aussicht auf internationalen Konsens endete, bietet sich jetzt mit der neuen Regierung von Barack Obama in den USA die Chance, substantielle Abrüstungsschritte zu erzielen und das Nichtverbreitungsregime zu stabilisieren und zu retten.

Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass sich die Bundesregierung deutlich zu den Abrüstungsverpflichtungen der Nuklearmächte aus Artikel VI des NVV und zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekannt hat;
- dass sich die Bundesregierung aktiv für die Verhinderung der Weitergabe als entscheidende Grundlage für den weiteren Prozess der Abrüstung nuklearer Waffen einsetzt;
- dass die Regierung von Barack Obama angekündigt hat, dem Senat die Ratifizierung des Atomteststoppvertrages (CTBT) zu empfehlen und sich für die Aufnahme von Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein verifizierbares Produktionsverbot für Spaltmaterial zu Waffenzwecken einzusetzen (FMCT);
- dass die Regierungen der USA und Russlands zu weitgehenden Abrüstungsschritten bei Nuklearwaffen bereit sind und ein Folgeabkommen des Vertrages zur Reduzierung strategischer Waffen (START) anstreben, das die Verifikation und Transparenz von START erhält, weitere Abrüstungsschritte bis auf 1 000 oder weniger Nuklearwaffen ermöglichen könnte und Trägersysteme ebenso wie Sprengköpfe zur Vernichtung vorsieht;
- dass viele Regierungschefs und ehemalige Regierungschefs und Minister ebenso wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die Notwendigkeit radikaler Abrüstungsschritte betonen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, nukleare Abrüstung weltweit voranzubringen und zu einem positiven Ergebnis der Überprüfungskonferenz beizutragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
im Rahmen der PrepCom

1. ein überprüfbares und irreversibles START-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zu unterstützen, das Sprengköpfe und Trägersysteme umfasst und zur Vernichtung vorsieht;
2. die Universalisierung des Vertrages zur Vernichtung aller Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) zu unterstützen, wie von den Vereinigten Staaten und Russland vorgeschlagen;
3. die Universalisierung und das Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages weiterhin voranzutreiben und die CTBT-Organisation in ausreichendem Maße zu finanzieren sowie sich für die Einhaltung des Testmoratoriums bis zum Inkrafttreten des Vertrages einzusetzen;
4. die 13 Schritte, auf die sich die Überprüfungskonferenz 2000 geeinigt hatte, wo nötig in angepasster Form, auf die Tagesordnung der Überprüfungskonferenz 2010 zurückzubringen.

Dazu gehören insbesondere:

- die Ratifizierung des Atomteststoppvertrages (CTBT) und das Testmoratorium,
- der Vertrag über das Verbot zur Produktion spaltbaren Materials (FMCT-Vertrag),
- das Prinzip der Irreversibilität bei der nuklearen Abrüstung,
- Transparenz über den Bestand der Nuklearwaffenarsenale bei den Unterzeichnern und Nichtunterzeichnern des Nichtverbreitungsvertrages,
- die Einbeziehung substrategischer Nuklearwaffen in den Abrüstungsprozess,
- „de-alerting“ der operationalen Nuklearwaffen,
- der Abschluss eines Sicherheitsabkommens und Zusatzprotokolls mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) durch alle Staaten, die Atomenergie friedlich nutzen wollen.

III. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert,

1. sich weltweit für die Reduzierung der Nuklearwaffenarsenale einzusetzen und regionale Sicherheitssysteme zu unterstützen;
2. das Projekt einer internationalisierten, von der IAEO überwachten sicheren Brennstoffversorgung weiterzutreiben, damit Staaten, die Energie aus Kernbrennstoff erzeugen, auf Anreicherung von Uran und zur Wiederaufarbeitung verzichten können;
3. zur Stärkung der IAEO und ihrer Funktion als „nuklearer Wachhund“ auf ausreichende Finanzausstattung zu drängen, damit sie ihre notwendigen Inspektionen durchführen kann und einen Diskussionsprozess in der IAEO über ein verbessertes Zusatzprotokoll zu initiieren (Additional Protocol Plus);
4. eine Diskussion über Nuklearstrategien (sowohl in der NATO und in anderen internationalen Foren als auch bilateral) zu führen, mit dem Ziel, die Rolle der Nuklearwaffen in den Sicherheitsstrategien in einem schrittweisen Ansatz zurückzuführen;

5. inoffizielle Nuklearwaffenstaaten aufzufordern, ein Testmoratorium einzuhalten, den CTBT zu zeichnen und zu ratifizieren, sich einem FMCT anzuschließen sowie ihre Atomwaffenarsenale nicht weiter auszubauen;
6. in den Atomverhandlungen mit Nordkorea und dem Iran auch weiterhin auf eine diplomatische Lösung hinzuwirken.

Berlin, den 22. April 2009

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

